

# **Die Russlanddeutschen bauen uns eine Brücke zwischen Russland, Deutschland und Europa**

**Rede**

**von Bundesminister**

**Dr. Wolfgang Schäuble**

**anlässlich der Gedenkfeier**

**der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland  
zum 65. Jahrestag der Vertreibung der Russlanddeutschen  
am 27. August 2006 in Stuttgart**

Der 65. Jahrestag des Vertreibungserlasses ist ein guter Anlass, um an das schwere Schicksal zu erinnern, das die Deutschen in Russland, viele von Ihnen selbst und Ihre Vorfahren unter stalinistischer Willkürherrschaft erlitten haben. Aber dieser 65. Jahrestag ist auch ein Anlass, um auf die Deutschen in Russland zu schauen, auf die russisch-deutsche Geschichte. Und das ist im Übrigen auch ein Anlass, um über die Schicksalsgemeinschaft der deutschen Nation nachzudenken.

Wir führen ja immer wieder Debatten über den Patriotismus. Ich halte von abstrakten Debatten um Begriffe nicht so furchtbar viel. Wahrscheinlich sind wir Baden-Württemberger da nicht so anspruchsvoll. Aber ich finde, dass sich jeder, der von Patriotismus redet, im Alltag bewähren muss, in der Solidarität und in der Fürsorge für die Landsleute, die es in der Vergangenheit schwerer als andere hatten und es vielleicht noch in der Gegenwart haben. Das ist gelebter Patriotismus.

Das Leben und das Schicksal der Deutschen in Russland begann vor bald 250 Jahren mit der Einwanderung deutscher Bauern und Handwerker in das Reich Katharinas der Großen. Die Zarin lockte deutsche Kolonisten mit einer Reihe von Privilegien: Neben Grund und Boden – das bekamen sie damals wirklich, das war anders

als bei Stalin – erhielten sie Kredite, 30 Jahre Steuerfreiheit, Religionsfreiheit und das Recht auf innere Selbstverwaltung in den Siedlungsgebieten. Und sie wurden vom Militärdienst befreit.

Unter diesen schon für die damalige Zeit sehr attraktiven Bedingungen entstand in der Folge mitten in Russland eine bedeutende deutsche Minderheit. Neben den Zugeständnissen der Zarin trugen vor allem Fleiß und harte Arbeit dazu bei, dass sich diese deutschen Kolonien prächtig entwickelten. Es gab vor dem Ersten Weltkrieg allein westlich des Urals rund 3000 deutsche Dörfer, in denen schon damals etwa 1,7 Mio. Russlanddeutsche lebten.

Und dann begann die Katastrophe des vergangenen Jahrhunderts, die Russlanddeutschen verloren allmählich ihre Privilegien und gerieten auch zunehmend unter den Druck, sich zu russifizieren. Im Ersten Weltkrieg schon standen sich nicht nur die Armeen feindlich gegenüber. Die nationalen Fronten und Feindseligkeiten trafen die Russlanddeutschen ungeschützt in ihrer Heimat, in ihren Dörfern, im Alltag. Es kam zu Repressalien, Deportationen und Pogromen.

Nach dem Ersten Weltkrieg beruhigte sich die Lage nur vorübergehend. Im Oktober 1918 erhielten die Wolgadeutschen einen Autonomiestatus zugesprochen, und sechs Jahre später wurde das Gebiet sogar zur „Wolgadeutschen Sowjetrepublik“ erhoben. Es folgten noch einmal 17 Jahre verhältnismäßiger Ordnung und Ruhe.

Aber dann kam der Zweite Weltkrieg und der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Mit den Stalinschen Dekreten vom 28. August 1941 wurde die Wolgadeutsche Republik faktisch aufgelöst. 400 000 Menschen wurden kollektiv der Kollaboration mit den Deutschen bezichtigt, entrechtet und unter hohen Opfern aus den europäischen Teilen der Sowjetunion nach Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan getrieben.

Im Januar 1942 wurde eine allgemeine Verfügung zur Zwangsarbeit für alle Russlanddeutschen erlassen. Unzählige Menschen sind während der Verschleppung und in den Arbeitslagern der Trudarmee gestorben. Aber auch viele der Überlebenden leiden bis heute unter dem Trauma der Deportation.

Die Russlanddeutschen haben am eigenen Leibe erfahren müssen, was es heißt, zwischen zwei Nationen zu geraten, die sich kriegerisch gegenüberstehen. Plötzlich wurden aus willkommenen Arbeitskräften und geachteten Leistungsträgern Staatsfeinde, die allein ihre Abstammung und ihre Sprache zu Feinden machte.

Rechtschaffenheit, Friedfertigkeit, Loyalität gegenüber der russischen Heimat verblassten vor dem Stigma, irgendwie doch nur ein Deutscher zu sein. Und der ungeheure Reichtum, der die Begegnung zweier Kulturen immer sein kann und sein sollte, dieser Reichtum verkehrte sich in Hass und Tod.

Und so sehen wir im Schicksal der Russlanddeutschen die Zeit – die deutsche und die russische Geschichte – auf engem Raum gebündelt. Die Suche nach nationaler Identität im 19. Jahrhundert und das Abgleiten in zerstörerischen Nationalismus im 20. Die Russlanddeutschen waren mehr als Andere Leidtragende in einem historischen Prozess, in dem Gleichheit als Ideal erschien, Vielfalt aber als existenzielle Bedrohung.

Leiden schafft neben Schmerz und Verbitterung auch Erkenntnis. Und so haben die Russlanddeutschen früher und konkreter als andere erfahren, was es heißt, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein. Ablehnung und Verfolgung durch eine feindliche Umwelt haben die Russlanddeutschen dazu gezwungen, sich die Frage vorzulegen, was das eigentlich sein könnte: Deutscher zu sein.

Und obwohl sie am weitesten von Deutschland entfernt lebten, waren die Deutschen in der Sowjetunion am längsten – und alles im allen auch am härtesten – von den Folgen des Zweiten Weltkriegs betroffen. Die über viele Jahre erheblich eingeschränkte Bewegungsfreiheit in den Deportationsgebieten, Repressalien im täglichen Leben, in der Ausbildung und im Beruf waren die Ursache von fortdauerndem Leid und Not. So blieb an den Wolgadeutschen jahrzehntelang haften, was im Zweiten Weltkrieg auch vielen Millionen Russen widerfahren war.

Verständnis setzt immer auch Geschichtskennntnis voraus. Man muss vom Schicksal des Anderen wissen, um ihn zu verstehen. Und wer den hoffnungsvollen Aufbruch der Deutschen nach Russland und ihr späteres Schicksal kennt, der muss eben auch

großes Verständnis für den Wunsch haben, nach Deutschland zurückzukehren, um hier noch einmal von vorne beginnen zu können.

Deswegen ist es so wichtig, an die Ereignisse während und nach dem Zweiten Weltkrieg, an die Entrechtung und Verfolgung der Russlanddeutschen unter Stalin zu erinnern. Denjenigen, denen dieses Schicksal erspart blieb, ist davon heute oft nur wenig bekannt. Manche aktuelle Debatte erinnert einen gelegentlich auch daran, dass die Leute nicht mehr genügend wissen, was damals eigentlich geschehen ist. Schon deswegen müssen solche Tage des Gedenkens sein.

Wir müssen die Erinnerung an das schwere Schicksal der Russlanddeutschen bewahren. Wir müssen auch die Erinnerung bewahren an die gesamte, reiche, jahrhundertealte Geschichte, ihre wirtschaftlichen Erfolge und ihre vielen kulturellen Errungenschaften. Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland leistet dazu einen besonderen und wertvollen Beitrag, für den ich bei dieser Gelegenheit persönlich und im Namen der ganzen Bundesregierung noch einmal herzlich danken möchte.

Nur wer sich zur Vergangenheit bekennt, kann letzten Endes Zukunft begründen und gestalten. Das Schicksal der Russlanddeutschen gehört eben zu unserer deutschen Schicksalsgemeinschaft, der wir uns stellen müssen, um sehen zu können, wo unsere Nation heute steht und in welche Richtung sie sich entwickeln soll.

Aber auch unser freiheitlich verfasstes Gemeinwesen hält uns dazu an, das Schicksal der Russlanddeutschen zu erinnern. Denn wirkliche Freiheit kann sich niemals ohne Solidarität und ohne Verantwortung für den Nächsten bewähren. Jede Gemeinschaft muss immer eine Verantwortungsgemeinschaft sein.

Hitler und Stalin sind passiert, das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen. Aber man kann aus der Geschichte lernen. Fast genau vor 56 Jahren, am 5. August 1950, ist hier in Bad Cannstatt die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet worden. Und diese Charta war damals und ist heute noch ein beeindruckendes Zeugnis menschlicher Größe und Lernfähigkeit. Nicht Revanchismus, nicht Niedergeschlagenheit bestimmen diese Charta, sondern der Glaube an die Zukunft, Europäertum, christliche Humanität.

Und so können wir auch heute von den Russlanddeutschen lernen. Sie bilden eine wertvolle Brücke zum Verständnis der Anderen. Ob sie nun hier leben oder dort: Sie bauen uns eine Brücke zwischen Russland, Deutschland und Europa.

Sie sind Kenner und Botschafter sowohl der deutschen wie der russischen Kultur und Lebensweise. Sie sind Initiatoren oder Adressaten grenzüberschreitender persönlicher Kontakte und Mittler für eine vertrauensvolle und produktive Zusammenarbeit in Kultur, Wirtschaft und Politik. Und so können wir anknüpfen an das bis Anfang des letzten Jahrhunderts ganz überwiegend gute und freundliche Verhältnis von Russen und Deutschen. Wir sollten uns bemühen, diese Beziehungen zu festigen und auf Dauer zu erhalten.

Nach zwei Weltkriegen, nach Verfolgung und Deportation war Deutschland eben nicht nur die Heimat der Vorfahren, sondern auch das Land, an das die Russlanddeutschen gerade von einer feindseligen russischen Umwelt erinnert wurden – ob sie nun wollten oder nicht. Es wurde ihnen eben unmissverständlich bedeutet, dass ihre Leiden untrennbar mit dem Vorwurf zusammenhängen, Deutscher zu sein.

Und dieses Deutschland liegt in der Mitte Europas. Unser Land ist aufgrund seiner Lage besonders dazu aufgerufen, sich seiner nationalen Identität zu vergewissern. Das geht in besonderer Weise, seit wir im Jahr 1990 das Glück der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit hatten. Nur wer gefestigt steht, kann Anderen und Fremden selbstbewusst und offen und damit auch tolerant begegnen. Das sage ich gerade auch im Hinblick auf die bisherige und die künftige Erweiterung der Europäischen Union.

Sie alle erinnern sich an die Fußball-Weltmeisterschaft vor ein paar Wochen – ein großartiges und buntes Fußballfest. Viele sagen, dass diese Fußball-Weltmeisterschaft doch gezeigt hat, dass auch die junge Generation wieder einen unbefangeneren Umgang mit nationalen Symbolen pflegt und offensichtlich auch Zugehörigkeit zu der Schicksalsgemeinschaft einer Nation empfindet. Wir haben sogar die Fähigkeit gezeigt – das hat manche von uns selber überrascht –, einen fröhli-

chen, gelassenen Patriotismus zu leben. Viele hätten das gar nicht mehr für möglich gehalten.

Wir waren auch gute Gastgeber für Freunde aus aller Welt. Wir haben das alles gut hingekriegt. Vielleicht sind wir also gar nicht so schlecht, wie manche Intellektuelle uns gelegentlich weismachen wollen. Ich wünsche uns jedenfalls, dass wir uns hier-von möglichst viel bewahren, ohne über die Probleme und Sorgen hinwegzureden: Gelassenheit und Mut und Zuversicht.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich – auch gegen Unwillen und Widerstände – immer zu der Verantwortung für die Menschen bekannt, die als Deutsche in der e-hermaligen Sowjetunion – wie auch in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas – un-ter den Folgen des Zweiten Weltkriegs zu leiden hatten. Und wir haben das unab-hängig davon getan, ob diese Menschen bleiben, oder ob sie nach Deutschland aus-siedeln wollen. Das müssen sie selbst und das sollen sie selbst entscheiden.

Aber zwei Dinge will ich doch deutlich sagen: Unser Engagement für die Russland-deutschen ist kein Engagement gegen Russland. Und es ist auch nicht unser Ziel, dass möglichst alle Russlanddeutschen Russland verlassen. Wir möchten, dass alle so leben können, wie und wo sie wollen.

Die Bundesregierung ist stets für eine Rehabilitierung der Russlanddeutschen und für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Herkunftsgebieten eingetreten. Und man kann ja auch dankbar sagen, dass sich die Situation der Russlanddeut-schen in der russischen Gesellschaft gegenüber früheren Zeiten doch wesentlich verbessert hat. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rehabilitierung der Russlanddeutschen – wie sie geplant ist – auch zustande kommt.

Für die Menschen, die in Russland bleiben wollen, leistet die Bundesregierung breit gefächerte Bleibehilfen. Ich soll sie übrigens alle vom Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, von meinem Staatssekretär Christoph Bergner, herzlich grüßen. Er ist heute in Nowosibirsk. Das hat den erwähnten Grund: Wir sind nicht nur für die Russlanddeutschen in Deutschland, sondern auch für die in Russland tätig.

Fortbestehende Nachteile, die auf in der Nachkriegszeit erlittenen Repressionen beruhen, sollen – soweit das noch möglich ist – ein Stück weit ausgeglichen werden. Im Mittelpunkt stehen gemeinschaftsfördernde Maßnahmen der Begegnungsstätten- und Jugendarbeit sowie die Sprachförderung. Daneben soll den Menschen individuell durch Berufsqualifizierung wie auch durch soziale und humanitäre Unterstützung geholfen werden. Unser Ziel ist es, die Lebensverhältnisse vor Ort deutlich zu verbessern.

Alle Maßnahmen sind in erster Linie als Bleibehilfen konzipiert. Aber natürlich verbessern sie im Falle einer Aussiedlung nach Deutschland auch die Startbedingungen hier.

Die Bundesregierung konnte sich bei dieser Politik für die Russlanddeutschen immer auf die Arbeit der Landsmannschaft stützen. Die Landsmannschaft hat vor allem mit ihrer unermüdlichen Sozialarbeit vielen Menschen ganz konkrete Hilfen nach ihrer Ankunft in Deutschland geboten und damit eine Aufgabe übernommen, die für die Integration dieser Menschen unerlässlich und unersetzbar ist.

Sie hat sich neben dieser gewaltigen Aufgabe immer auch der kulturellen Arbeit gewidmet, um ein Bewusstsein für die Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen zu schaffen und zu pflegen. Und auch wenn wir – wie ich vorhin sagte – Geschichte nicht rückgängig machen können: Die Kultur der Russlanddeutschen gehört zum kulturellen Erbe unserer Nation und ist auch in Zukunft für uns alle wichtig und muss erhalten werden.

Die Landsmannschaft hat sich nie in den Vordergrund der Öffentlichkeit gedrängt. Und ihr zum allergrößten Teil ehrenamtliches Engagement für zahlreiche Menschen hat auch oft nicht die gesellschaftliche Anerkennung erfahren, die diese Arbeit eigentlich verdient.

Wie weit wir mit Russland inzwischen gekommen sind, haben auch die letzten deutsch-russischen Regierungskonsultationen Ende April in Tomsk gezeigt, wo ich mit dem Minister für Regionalentwicklung, Herrn Jakowlew, ganz offen und formell

über die Situation der Russlanddeutschen in ihren Siedlungsgebieten sprechen konnte.

Das Ministerium ist federführend für die gemeinsame deutsch-russische Regierungskommission und somit auch für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen zuständig. Minister Jakowlew hat mir bei dieser Begegnung versprochen, dass die russische Seite ihr „Förderprogramm zur Entwicklung der sozialökonomischen und kulturellen Basis für die Wiedergeburt der Russlanddeutschen“ auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird.

Und es ist natürlich das Allerbeste, wenn wir so etwas gemeinsam machen und nicht gegeneinander. Ich will das alles nicht überbewerten, aber es ist für den Abbau von Konflikten und für die Vermeidung neuer Konflikte von großer Bedeutung. Die russische Unterstützung unserer Bemühungen ist eben ein weiteres Zeichen dafür, dass wir auf einem guten Weg der deutsch-russischen Verständigung und Freundschaft sind.

Wir alle wissen, dass die Zahl derer, die in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren, seit Jahren rückläufig ist. Und mir ist klar, dass sicher auch einige von Ihnen diese Entwicklung auf die Regelungen im neuen Zuwanderungsgesetz zurückführen. Aber wahrscheinlich ist es so, dass die Verhältnisse insgesamt komplizierter und auch die Entwicklungen mehrschichtig sind.

Seit 1990 sind etwa zwei Millionen Russlanddeutsche zu uns gekommen. Das ist so in etwa die Größenordnung, die wir an Aussiedlungswilligen insgesamt vermutet haben. Das heißt, dass vermutlich der Großteil derjenigen, die zur Ausreise entschlossen waren, inzwischen eben hier ist. Und je mehr von denen, die entschlossen waren, hierher gekommen sind, umso weniger werden aller Wahrscheinlichkeit nach in der Zukunft kommen.

Vermutlich tragen auch die verbesserten Rahmenbedingungen für die Deutschen in Russland dazu bei – hierher gehören auch die Bleibehilfen der Bundesregierung –, dass es sich manche anders überlegen und bleiben. Zumal es ja auch zur Wahrheit gehört, dass man mit der Ankunft in der Bundesrepublik Deutschland nicht in para-



diesischen Zuständen ist, sondern in schwierigen, die wir überhaupt nicht – auch nicht an einem Tag, an dem wir ein festliches Gedenken haben – verschweigen oder schöner reden wollen, als sie sind.

Aber der Sinn der Regelungen im Zuwanderungsgesetz ist es nicht, die Menschen davon abzuhalten, nach Deutschland zu kommen. Und deswegen werden wir darauf bestehen, dass an der grundlegenden Aufnahmebereitschaft Deutschlands gegenüber den Aussiedlern auch in Zukunft kein ernsthafter Zweifel bestehen kann. Man darf im Übrigen auch nicht vergessen, dass seit Ende des Zweiten Weltkriegs mehr als 20 Millionen Menschen auf dem Gebiet der Bundesrepublik ein neues Zuhause gefunden haben, darunter mehr als 4,5 Millionen Aussiedler.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen vor Entwicklungen verschließen, die mir etwas Sorge bereiten. Bis Mitte der 90er Jahre verlief die Integration der Menschen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion insgesamt nahezu problemlos, die Aussiedler haben sich erfolgreich und schnell integriert.

Der spürbare Anstieg von mitreisenden Familienangehörigen mit unzureichenden Sprachkenntnissen und die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland machen uns heute jedoch mehr zu schaffen, als das früher der Fall gewesen ist. Die Mehrzahl der Aussiedler bemüht sich um die eigene Integration, indem sie deutsch lernt und arbeiten annimmt, die oft weit unter ihrer persönlichen Qualifikation liegen. Auch das muss man gelegentlich einmal deutlich sagen, da das viele nicht so genau zur Kenntnis nehmen.

Leider haben wir mit einem Teil der jüngeren männlichen Generation einige Probleme – auch wenn ich vermute, dass die Darstellungen in den Medien oft überzogen und einseitig sind. Bestimmte Entwicklungen – etwa den Anstieg von Gewaltbereitschaft in Teilen der jungen Generation – haben wir auch bei Jugendlichen, die keinen Migrationshintergrund haben, sondern hier geboren und aufgewachsen sind. Das ist ein Problem, das uns insgesamt Sorge macht und das sich – wenn dann noch spezifische soziale Erschwernisse und ungünstige Integrationsbedingungen wie begrenzte Sprachkenntnisse dazukommen – notwendigerweise noch ein Stück verschärft. Die-

sem Problem müssen wir mit aller Kraft und gemeinsam entgegenwirken so gut und wo immer wir können.

Es ist aber auch so, dass Christoph Bergner vor einiger Zeit einmal bei den Innenministern aller Bundesländer nachgefragt hat, ob es in ihrem Bereich spezielle Probleme mit Spätaussiedlern gäbe. Das Ergebnis war, dass zwar große Integrationsanstrebungen nötig sind – und das wussten wir auch vorher –, dass es aber für Pauschalurteile überhaupt keinen Grund gibt.

Die Integration wird nach wie vor ein Schwerpunkt unserer Anstrengungen in der Aussiedlerpolitik sein. Und ich möchte an dieser Stelle noch einmal diejenigen danken, die im ehrenamtlichen Einsatz bei der Beratung von Spätaussiedlern sehr viel leisten. Wir können und wollen auf ihre Erfahrungen, ihre sprachliche, sachliche und ihre menschliche Kompetenz nicht verzichten.

Mir ist bewusst, dass Ihnen die Zusammenlegung der Ausländer- und Aussiedlersozialberatung Anfang 2005 Schwierigkeiten bereitet hat, besonders weil Sie seither alle Zuwanderergruppen beraten müssen. Deswegen freut es mich besonders, dass Sie nach wie vor bereit sind, diese Aufgabe wahrzunehmen und sich hierfür weiterzuqualifizieren. Ich bin zuversichtlich, dass Sie sich wieder verstärkt Ihrer eigentlichen Zielgruppe zuwenden können, sobald die angestrebte Vernetzung der Beratungsdienste erreicht ist.

Es besteht auch im Bundesvertriebenenrecht in einigen Punkten Aktualisierungsbedarf – auch wenn es sich dabei nicht um Änderungen von großer Tragweite handeln wird. Wir wollen die Ausschlussgründe des § 5 des Bundesvertriebenengesetzes ergänzen, damit Verbrecher, Terroristen und Extremisten nicht etwa über das Vertriebenenrecht nach Deutschland einreisen können.

Keine der anstehenden Neuregelungen aber ist auf eine Begrenzung des Zuzugs gerichtet. Es handelt sich vielmehr um notwendige Anpassungen an tatsächliche Gegebenheiten. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich bei jeder Rechtsänderung auch in der Zukunft dafür einsetzen werde, dass wir unserer Verantwortung gegen-

über den Russlanddeutschen Rechnung tragen. Wir haben das auch in unserem Koalitionsvertrag – das war mir ein besonderes Anliegen – festgeschrieben.

„Volk auf dem Weg“ heißt die Ausstellung, die Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland so eindrücklich dokumentiert. Auch wenn es ein bisschen braucht, sich woanders zurechtzufinden, und es gar nicht so einfach für diejenigen ist, die in den letzten Jahren hier neu angekommen sind: Sie sind in Deutschland dann doch am Ende einer langen und häufig sehr leidvollen Wanderung angelangt.

Deswegen möchte ich Ihnen allen wünschen, dass Sie die Chancen nutzen, die unser Land Ihnen bietet. Sie alle haben es schwer gehabt, Sie haben viel gelitten, und Sie haben viel geleistet. Vergessen Sie möglichst nie, dass Sie bei allem Leid der Vergangenheit auch Grund haben, glücklich und dankbar zu sein. Sie leben heute, wir alle leben heute in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat, der Sicherheit und Frieden garantiert. Bei allen Sorgen müssen wir wissen, dass es uns besser geht, als unsere Vorfahren es sich jemals hätten träumen lassen.

Ein „Volk auf dem Weg“ sind übrigens nicht nur die Russlanddeutschen, sondern wir alle. Wir sind ja in Wahrheit nie am Ende, aber nach einer langen Geschichte von Irrungen und Wirrungen sind wir Deutsche heute vielleicht doch eher da, wo wir hingehören: in der Mitte Europas. Zum Austausch mit allen in Nord und Süd, in West und Ost berufen, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der gegenseitigen Solidarität verpflichtet, im Wissen um unsere Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft und voll Dankbarkeit, dass wir nach langen Teilungen und Trennungen in Frieden vereint sind.

Ich finde, auch das bedeutet Heimat. Und die brauchen wir gerade in Zeiten von schnellen Veränderungen und Globalisierung besonders. Und deswegen heiße ich Sie in der Heimat herzlich willkommen.